

Konsens statt Krach

Neue Planung für die Erneuerung der Oderberger Straße **Von Albrecht Molle**

Dass die aufgeheizte Atmosphäre, von der die monatelange Auseinandersetzung um die vom Tiefbauamt geplante Erneuerung der Oderberger Straße im Sanierungsgebiet Teutoburger Platz anfänglich geprägt war, inzwischen einem sachlichen Dialog gewichen ist, belegen auch Verlauf und Ergebnisse des öffentlichen Workshops, der am 1. und 2. Februar in den Räumen der German Language School (GLS) in der Kastanienallee

sowohl im Plenum als auch in Arbeitsgruppen tagte und von Mitarbeitern des Büros BLAU nach vorher vereinbarten Benimmregeln moderiert wurde, konstatierte man in einer ganzen Reihe grundsätzlicher Fragen Konsens. So erkennt BIOS jetzt an, dass der bauliche Zustand der Oderberger Straße, die als städtebauliches Zeugnis des Umbruchs Ende der 80er/Anfang der 90er Jahre gilt, tatsächlich verbesserungsbedürftig



©Albrecht Molle

Bezirksstadtrat Jens-Holger Kirchner eröffnete den Workshop zur Erneuerung der Oderberger Straße.

stattfind. Gemeinsam vorbereitet vom Bezirksamt, der S.T.E.R.N. GmbH als Sanierungsbeauftragte und der Bürgerinitiative Oderberger Straße (BIOS), die gegen die zunächst vorgesehene ersatzlose Entfernung eines Großteils des üppigen Straßengrüns energisch protestiert und eine Alternativplanung vorgelegt hatte, erwies sich das Planungswochenende als Markstein bei der Suche nach einer gemeinsamen Basis, auf der die Erneuerung der Straße nun unter größtmöglicher Berücksichtigung von Anwohner- und Anliegerinteressen stattfinden soll.

Am Ende des Workshops, der

ist. Nicht mehr strittig ist auch, dass die notwendige Straßenreparatur und -gestaltung, für die 2,5 Millionen EUR aus dem Landesprogramm »Städtebaulicher Denkmalschutz« bereit stehen, in den nächsten beiden Jahren erfolgen muss, da die Förderzusage der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung nur befristet gilt. Während die Mehrzahl der Straßenbäume mit Ausnahme zweier nicht mehr standsicherer Korkenziehereichen und der von Schädlingen befallenen Rotdornbäume vom Amt für Umwelt und Natur nun doch als erhaltbar eingestuft worden ist, müssen die von Anliegern aufgestellten Pflanzkübel,

Sitzbänke und anderes Straßenmobiliar zunächst entfernt werden, um Baufreiheit für die abschnittsweise Reparatur der schadhafte Gehwege, die Erneuerung der ebenfalls nicht mehr verkehrssicheren Fahrbahn sowie für notwendige Arbeiten an Abwässerkanälen zu schaffen.

Ein noch zu erarbeitendes Konzept zum von der BVV geforderten Erhalt von mindestens 90 Prozent des vorhandenen Straßbegleitgrüns und anderer Gestaltungselemente, wie zum Beispiel historischer Pflastermosaiken, soll in das neue Planwerk einfließen, das die im vorigen Herbst vom Bezirksamt vorgelegten, sowohl von BIOS als auch von der BVV abgelehnten Planungsunterlagen ersetzen wird. Konsens ist auch, dass die Pflege der von Anliegern im Gehwegbereich aufgestellten Planzkübel durch bürgerschaftliches Engagement zu gewährleisten ist. Und was die belebte Kreuzung Oderberger Straße/Kastanienallee betrifft, wo es weder eine Ampel noch Querungshilfen gibt, sollen nach ihrem ebenfalls geplanten Umbau Gehwegvorstreckungen für mehr Sicherheit sorgen.

BVV hat letztes Wort

»In vielen strittigen Fragen haben wir eine Klärung herbeiführen können. Das entspricht dem Auftrag der BVV, uns auf eine Planung zu einigen, die das Erscheinungsbild der Oderberger Straße bewahrt. Über die Details werden wir weiter diskutieren, damit dem Planer so bald wie möglich ein verbindlicher Auftrag erteilt werden kann«, resümiert der Bezirksstadtrat für Öffentliche Ordnung und Verkehr, Jens-Holger Kirchner, das Ergebnis des Workshops. Die Bürgerinitiative teilt diese Einschätzung. Einen zweiten Workshop halten beide nicht für erforderlich. Sobald die überarbeitete Entwurfsplanung vorliegt, soll sie mit der BIOS abgestimmt und bei Einvernehmen in einer Bürgerversammlung vorgestellt werden. Noch vor der Sommerpause könnte der Entwurf dann der Bezirksverordnetenversammlung zur Beschlussfassung zugeleitet werden. Die hatte Ende Oktober 2007 verfügt, dass bis dahin in der Oderberger Straße keine Baumaßnahmen stattfinden dürfen.